

Sitzung des Gemeinderates

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 09.11.2023

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Zweiter Bürgermeister Manuel Prieler		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Johannes Mecke Manfred Axenbeck Saran Diané Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Claudia Leitner Gertrud Mörike Klara Mörike Günter Peischl Marianne Rader Jutta Schödl Peter Scholler Philipp Schwarz Simone Spratter Heide Veit Thomas Weingärtner Veit Wiswesser Johann Zehetmair		

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Stefan Zehetmair

Andreas Kemmelmeier Dr. Günther Ernstberger
--

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Dr. Ernstberger und Herr Bürgermeister Kimmelmeyer.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

495 23 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschriften**

Beschluss: 23 : 0

Die Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates vom 14.09.2023, 12.10.2023 und 30.10.2023, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

496 23 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

497

23

Bestellung von Verbandsräten in Zweckverbänden; Bestellung der Verbandsräte und deren Stellvertreter im Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning

Mit Beschluss Nr. 11 in der konstituierenden Sitzung des Gemeinderats am 14.05.2020 wurde das Gemeinderatsmitglied Frau Dr. Moser gemäß Art. 31 Abs. 2 und Abs. 3 KommZG (Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit) als Stellvertreterin des 2. Verbandsrates (Frau Sabine Fister) für den Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning bestellt.

Frau Dr. Moser teilte der Gemeinde Unterföhring mit Schreiben vom 26.04.2023 mit, dass Sie Ihr Gemeinderatsmandat im Juli 2023 niederlegen werde. Hierzu wurde mit Beschluss Nr. 450 in der Gemeinderatssitzung am 13.07.2023 die Amtsniederlegung von Frau Dr. Moser beschlossen.

Somit muss die Funktion des Stellvertreters des 2. Verbandsrates für den Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning neu bestellt werden.

Für das Amt des Stellvertreters des 2. Verbandsrates im Zweckverband Staatlich Realschule Ismaning wurden folgende Vorschläge eingebracht:

Fraktion / Gruppe	Vorschlag Stellvertreter des 2. Verbandsrates
CSU	-
Bündnis 90 / Die Grünen	Frau Saran Diané
SPD	
PWU	-
FDP	-

Beschluss: 22 : 1

Gemeinderatsmitglied Frau Saran Diané wird zur Stellvertreterin des 2. Verbandsrates für den Zweckverband Staatliche Realschule Ismaning bestellt.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

23 **Jahresrechnung 2022**

AZ 9520
Finanzen

498 23 **Jahresrechnung 2022**
Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im
Rechnungsjahr 2022

Der Zweite Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2023 mit der Jahresrechnung 2022 auch die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2022 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben, Stand 06.07.2023, wird dem Gremium bekannt gegeben.

Gemäß Art 66 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung (GO) sind „überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen beziehungsweise Ausgaben nur zulässig, wenn sie unabweisbar (d.h. sachlich und zeitlich) sind und die Deckung gewährleistet ist.“ Als Deckungsmittel kommen in der Regel Minderausgaben aber auch Mehreinnahmen bei einzelnen Haushaltsstellen in Betracht.

Aufgrund des Umfangs des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts und des vorhandenen Rücklagenbestands wird davon ausgegangen, dass durch die Mittelbereitstellungen kein erheblicher Fehlbetrag entsteht und eine Gesamtdeckung gewährleistet ist.

Beschluss: 23 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2022 angefallenen und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt, und ihre Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 9520
Finanzen

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

499 23 **Jahresrechnung 2022**
Feststellung der Jahresrechnung 2022

Der Zweite Bürgermeister erinnert an den Beschluss Nr. 435 vom 15.06.2023, durch den der Gemeinderat die Prüfung der Jahresrechnung angeordnet hat.

Des Weiteren stellt der Zweite Bürgermeister fest, dass den Mitgliedern des Gemeinderats im Juni 2023 die Jahresrechnung 2022 überreicht wurde.

Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Frau Sabine Fister, gibt den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen aus der Aktenvormerkung vom 24.10.2023 bekannt. Die darin enthaltenen Anregungen des Prüfungsausschusses wurden an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung zur Beachtung und Umsetzung weitergeleitet.

Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung kann der Gemeinderat die Jahresrechnung 2022 feststellen.

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2022 wird ebenfalls bekanntgegeben.

Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2022

	VWHH	VMHH	Gesamthaushalt
<u>Soll-Einnahmen</u>	165.777.285,82 €	209.004.586,48 €	374.781.872,30 €
+ neue		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste		0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste		0,00 €	0,00 €
./. Abgang alter	696.154,52 €	0,00 €	696.154,52 €
Kasseneinnahmereste			
Summe bereinigter Solleinnahmen	165.081.131,30 €	209.004.586,48 €	374.085.717,78 €
<u>Soll-Ausgaben</u>	165.075.843,90 €	209.001.868,48 €	374.077.712,38 €
+ neue	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Haushaltsausgabereste			
./. Abgang alter	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Haushaltsausgabereste			
./. Abgang alter	-5.287,40 €	-2.718,00 €	-8.005,40 €
Kassenausgabereste			
Summe bereinigter Sollausgaben	165.081.131,30 €	209.004.586,48 €	374.085.717,78 €
 Unterschied (Fehlbetrag)	 0,00 €	 0,00 €	 0,00 €

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Bestände:

IST-Überschuss (+) / IST-Fehlbetrag (-)	-4.597.251,80 €	-575.760,38 €	-5.173.012,18 €
Kasseneinnahmereste	4.583.005,76 €	561.265,21 €	5.144.270,97 €
Kassenausgabereste	-14.246,04 €	-14.495,17 €	-28.741,21 €
Gesamtergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €

In den Rechnungsergebnissen sind enthalten:

Haushaltsansatz

Ergebnis

Zuführung zum Vermögenshaushalt	45.888.000,00 €	53.848.599,14 €
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €
Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV (Überschuss des VMHH)		165.063.803,00 €
Rücklagenzuführung insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.9100)	0,00 €	165.063.803,00 €
Rücklagenentnahme insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.3100)	36.348.500,00 €	146.284.834,53 €

Vermögensübersicht 2022

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2022)	109.327.839 €
Und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	22.103.360 €
Stand der Schulden zum 31.12.2022	0,00 €
Stand der Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	204.940.205,11 €

Beschluss: 23 : 0

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt, und gem. Art. 102 Abs. 3 GO wird die Jahresrechnung 2022 mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

Ergebnisse der Haushaltsrechnung 2022

	VWHH	VMHH	Gesamthaushalt
<u>Soll-Einnahmen</u>	165.777.285,82 €	209.004.586,48 €	374.781.872,30 €
+ neue		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste			
./. Abgang alter		0,00 €	0,00 €
Haushaltseinnahmereste			
./. Abgang alter	696.154,52 €	0,00 €	696.154,52 €
Kasseneinnahmereste			
Summe bereinigter Solleinnahmen	165.081.131,30 €	209.004.586,48 €	374.085.717,78 €
<u>Soll-Ausgaben</u>	165.075.843,90 €	209.001.868,48 €	374.077.712,38 €
+ neue	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Haushaltsausgabereste			
./ Abgang alter	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Haushaltsausgabereste			
./ Abgang alter	-5.287,40 €	-2.718,00 €	-8.005,40 €
Kassenausgabereste			
Summe bereinigter	165.081.131,30 €	209.004.586,48 €	374.085.717,78 €
Sollausgaben			
Unterschied (Fehlbetrag)	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Bestände:

IST-Überschuss (+) /IST-			
Fehlbetrag (-)	-4.597.251,80 €	-575.760,38 €	-5.173.012,18 €
Kasseneinnahmereste	4.583.005,76 €	561.265,21 €	5.144.270,97 €
Kassenausgabereste	-14.246,04 €	-14.495,17 €	-28.741,21 €
Gesamtergebnis	0,00 €	0,00 €	0,00 €

In den Rechnungsergebnissen sind enthalten:

Haushaltsansatz

Ergebnis

Zuführung zum Vermögenshaushalt	45.888.000,00 €	53.848.599,14 €
Zuführung vom Vermögenshaushalt	0,00 €	0,00 €
Überschuss nach § 79 Abs. 3 Satz 2 KommHV (Überschuss des VMHH)		165.063.803,00 €
Rücklagenzuführung insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.9100)	0,00 €	165.063.803,00 €
Rücklagenentnahme insgesamt (vgl. Endstand Sachkonto 91000.3100)	36.348.500,00 €	146.284.834,53 €

Vermögensübersicht 2022

Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2022)	109.327.839 €
Und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV	22.103.360 €
(Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	
Stand der Schulden zum 31.12.2022	0,00 €
Stand der Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	204.940.205,11 €

AZ 9520
Finanzen

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

500 23 **Jahresrechnung 2022**
Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 GO

Der Zweite Bürgermeister erinnert an den Beschluss Nr. 435 vom 15.06.2023 in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2022 zur Prüfung verwies.

Der Zweite Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juni 2023 die Jahresrechnung 2022 übergeben wurde.

Im Übrigen wäre der Erste Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung persönlich beteiligt und von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen. Ein Ausschluss ist entbehrlich, da der Erste Bürgermeister für die gesamte Sitzung vom Zweiten Bürgermeister vertreten wird.

Nachdem die Jahresrechnung 2022 aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt wurde, erfolgt die Entlastung der Verwaltung gemäß Artikel 102 Abs. 3 Satz 1 GO.

Beschluss: 23 : 0

Die Entlastung der Verwaltung gem. Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO für 2022 wird erteilt.

AZ 9520
Finanzen

501 23 **Neubau Rathaus Unterföhring; aktueller Sachstand und weiteres Vorgehen**

Der Vorsitzende erinnert an die Behandlung in der Gemeinderatsvorunterrichtung v. 10.09.2023, in der die „Abweichende Hochbauplanungen zum gültigen Bebauungsplan Nr. 84/16 – Unterföhringer Ortsmitte; Aufstellung eines Änderungsbebauungsplanes“ auf der Tagesordnung war.
Dieser TOP wurde zurückgestellt.

Um die weiteren Planungen zielgerecht voranzutreiben, fanden mehrere Besprechungen mit der Verwaltung und dem objektplanenden Büro Raum und Bau (RuB) statt. In Abstimmung mit RuB sind zu folgenden Punkten

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

abschließende Entscheidungen des Gremiums erforderlich um die LPH2 erstellen zu können.

Vertreter des Architekturbüro Raum und Bau (RuB), München erläutern dem Gremium die Präsentation „00 Rathaus Unterföhring, Gemeinderatssitzung am 09.11.2023“ (Gemeinderatsvorunterrichtung 06.11.2023), Stand 25.10.2023 und beantworten die auftretenden Fragen.

Geometrie der Gebäudeteile (Konstruktionsraster)

In der Gemeinderatsitzung vom 13.07.2023 wurde der Beschluss (Nr. 454) gefasst, der Empfehlung des objektplanenden Architekturbüro Raum und Bau Planungsgesellschaft mbH, München (RuB) das Konstruktionsraster mit einer Breite von 1,25m für die weiteren Planungen heranzuziehen.

Aus der Mitte des Gremiums kam der Hinweis auf, zu der im Bebauungsplan festgesetzten und im Siegerentwurf vorgelegten Geometrie zurückzukehren. Um die Planungen der LPH 2 (Vorentwurfsplanung mit Kostenschätzung) der Gebäudeteile zu finalisieren benötigt das Planungsteam die Entscheidung ob an der optimierten, rechtwinkligen oder an der im B-Plan festgesetzten Geometrie festgehalten werden soll.

RuB stellt aktuell fest, dass durch eine Begradigung der einzelnen Baukörper wirtschaftliche Regelsituationen ausgebildet werden können und die polygonale, städtebauliche Gesamtfigur erhalten bleibt.

Die Vertreter von RuB erläutern die Vorteile des beschlossenen Rasters hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit in Bezug auf die Statik und möglicher Kosteneinsparpotentiale.

Aus dem Kernplanungsteam wird ein rechtwinkliger Grundkörper, ergänzt um polygonale eingeschossige Erweiterungen im Bereich des Standesamtes und der Beratungsstelle empfohlen.

Verortung Sitzungssaal sowie Dachgestaltung des Solitärs/Gebäude 1

In der Gemeinderatsitzung vom 09.02.2023 (Beschluss-Nr. 385) wurde RuB der Auftrag erteilt, zu den vorgestellten drei Varianten des Sitzungssaales (A, B, C gemäß Präsentation Projektstand 23.01.2023) die Kosten zu ermitteln und dem Gemeinderat zur LPH 2 vorzulegen.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Variante A – Sitzungssaal im 2.+3. OG, Regeltragwerk im 4. OG, Abfangdecke 3. OG
- Variante B – Sitzungssaal 2.+3. OG, weit gespanntes Tragwerk im 3.+4. OG
- Variante C – Sitzungssaal im 3.+4. OG, weit gespanntes Tragwerk im 4. OG

Der Auszug der Präsentation mit Stand vom 23.01.2023 wurde dem Gremium zugestellt.

Das Kernplanungsteam empfiehlt aus Sicht der Wirtschaftlichkeit und den Erkenntnissen aus der Nutzerrunde, den Sitzungssaal im Solitär (Gebäude 1) in die Geschosse 4 + 5 (3 .u. 4.OG) zu verorten und das Bürgermeisterbüro mit der dazugehörigen Stabstellen in dem darunterliegende 3. Geschoss zu realisieren.

Hieraus ergibt sich ein einfacheres Tragwerk, bei dem keine Abfangebene notwendig ist und keine besonderen Brandschutzanforderungen an das Dachtragwerk.

Die ausgeprägte Dachgestaltung ergibt sich zum einen aus der gut realisierbaren Tragwerksplanung und zum anderen aus der Begründung des Bebauungsplans (Nr. 2.8.4), dem Wunsch des Gemeinderats das Dach des Solitärs durch eine ausgeprägte Gestaltung hervorzuheben.

Arkaden

Ebenfalls mit Gemeinderatsbeschluss v. 13.07.2023 (Nr. 454) wurde RuB aufgefordert die Arkaden unter dem Aspekt „Entfall“ erneut zu prüfen und dem Gremium konkrete Vorschläge zu unterbreiten.

Im Bebauungsplan sind jeweils auf der Ostseite am Solitär/Gebäude 1 und dem Gebäude 3 Arkaden vorgesehen. Bei Umsetzung der Arkaden würde, laut Ausführung von RuB, die thermische Gebäudehülle geschwächt, es entstünde ein Mehraufwand in der Konstruktion sowie ein Nutzflächenverlust der sich auf 200m² beziffern lässt.

Die Empfehlung aus dem Kernplanungsteam wäre die Arkaden auf der Ostseite des Solitärs/Gebäude 1 und Gebäude 3 entfallen zu lassen und dafür ein zweigeschossiges Vordach für den Solitär/Gebäude 1 zu realisieren.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ausführung Tiefgarage (Entfall 2. UG)

Im Gemeinderatsbeschluss v. 13.07.2023 (Nr. 454) wurde festgelegt, dass der Entfall des 2.UG befürwortet wird und im Zuge der LPH 2 durch RuB zu konkretisieren ist.

Aus Gründen der Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit schlägt das Kernplanungsteam vor, nur ein Untergeschoss zu realisieren. Vorteile hierfür sind neben dem Kostenaspekt auch die Reduzierung der Bauzeit, des Bauvolumens und der Anlagentechnik sowie der Entfall einer Lüftungsanlage.

Die Stellplatzsatzung soll weiterhin eingehalten werden, die entsprechend nicht in der Tiefgarage des neuen Rathauses realisierbaren Stellplätze (ca. 56 Stück) können voraussichtlich in der Tiefgarage der VHS/Musikschule nachgewiesen werden. Eine konkrete Stellplatzberechnung ist mit der LPH 2 vorzulegen.

Bauabschnittsbildung (Raumkonzept neue Arbeitswelten)

Mit Gemeinderatsbeschluss v. 13.07.2023 (Nr. 454) wurde festgelegt, dass mit dem durch Frau Dr. Breuer überarbeitetem Raumkonzept (BGF 5.450m² oberirdisch + unterirdisch ohne TG, NF 1.295m² Büro offen + geschlossen) weiter zu planen und für die LPH 2 in Ansatz zu bringen ist.

Durch die Weiterentwicklung des Bürokonzepts mit der Arbeit von Frau Dr. Breuer, gemeinsam mit der Nutzerrunde konnten Büroflächen reduziert werden, was die Möglichkeit zum Ergebnis hatte, unter Betrachtung des Raumprogramms aus Sicht der Arbeitswelten, die derzeitige Nutzerflächen auch in Gebäude 1+2 bzw. 1+3 dargestellt werden könnten.

Die Präsentation vom Nutzerworkshop (Stand 23.10.2023) wurde dem Gremium zugestellt. Bei den Verortungen der einzelnen Ämter handelt es sich um eine funktionale und organisatorische Belegplanung, idealtypisch belegt ohne Nutzereinbindung.

Durch die Prüfung von RuB hat sich herausgestellt, dass unter Berücksichtigung sämtlicher Flächen der Entfall eines gesamten Gebäudeteiles nicht umsetzbar ist. Grund hierfür ist die Organisation des Rathausbetriebs, wofür die Errichtung der Erdgeschosse aller drei Bauteile erforderlich ist.

Die Empfehlung des Kernplanungsteams ist die Errichtung der sämtlichen Bauteile und Geschosse wie ursprünglich im Siegerentwurf, wie auch im

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bebauungsplan vorgesehen war (Solitär/Gebäude 1 - 5 Geschosse, Gebäude 2 – 3 Geschosse, Gebäude 3 – 3 Geschosse, eine gemeinsame Tiefgarage unter allen drei Bauteilen).

Bereitschaft B-Plan-Änderung

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass im Rahmen der Hochbauplanungen für den Neubau Rathaus durch das objektplanende Büro Raum und Bau (RuB), München, mögliche Änderungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte, erforderlich werden.

Hierzu fand am 21.08.2023 ein erster Abstimmungstermin mit dem Landratsamt München statt, bei dem die Abweichungen zwischen den aktuellen Hochbauplanungen und den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 84/16, erörtert wurden.

Bei diesem Abstimmungstermin erläuterten die Herren Werner und Klich vom Büro RuB, die möglichen Abweichungen und dadurch erforderlichen Änderungspunkte. Die von RuB erstellte Unterlage zur Abstimmung Baurecht am 21.08.2023, sowie die Gesprächsnotiz v. 21.08.2023 beim Landratsamt München, wurden dem Gremium bereits zur Gemeinderatssitzung 14.09.2023 zugestellt. Dieser TOP wurde zurückgestellt.

Vertreter des Architekturbüro RuB stellen die Abweichungen der aktuellen Entwicklung der Planung zum rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte vor und erläutern diese. Folgende Punkte müssten zur Realisierung der aktuellen Planung geändert werden:

1. Überschreitung zulässige Grundfläche um 200 m²
2. Unterbauung Bauraum durch Vordach Solitär (Gebäude 1) um 60 m²
3. Lage Zufahrt Tiefgarage um ca. 4m Richtung Norden versetzt
4. Entfall Arkaden
5. Abweichung von Bauliniengefüge – Modifizierung Höhenentwicklung, Zurückweichen von Baulinien

Das Architekturbüro RuB empfiehlt der Gemeinde Unterföhring, den Bebauungsplan Nr. 84/16 zur Realisierung der Unterföhringer Ortsmitte, an die neuen Erkenntnisse und Weiterentwicklung der Hochbauplanung im Areal des Neubau Rathaus durch einen Änderungsbebauungsplan anzupassen.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Erste Bürgermeister weist darauf hin, dass der Planungsterminplan (Stand 13.09.2023, Index 01) aufgestellt durch RuB folgende Meilensteine aufführt:

Freigabe LPH 2 durch Gemeinde	21.02.2024
Freigabe LPH 3 durch Gemeinde	04.10.2024
Baugenehmigung LPH 4	18.04.2025
Abschluss LPH 5	27.03.2026
Abschluss LPH 6+7	29.05.2026
Baubeginn	12.05.2025
Übergabe Rathaus	24.12.2027

RuB bringt zur Kenntnis, dass aktuell ein Rückstand von 4 Arbeitswochen in LPH 2 bekannt ist, die weitere Terminierung ist abhängig von der gegenständlichen Beschlusslage.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde in einzelne Beschlüsse aufgegliedert.

Das Gremium nimmt die Erläuterungen des Architekturbüros Raum und Bau, München, vom 06.11.2023 sowie die Präsentation „00 Neubau Rathaus“ mit Stand 25.10.2023 mit dem darin enthaltenen Planungsterminplan (Stand 13.09.2023, Index 01) zur Kenntnis.

Der Gemeinderat spricht sich für Folgendes aus:

- Beschluss: 23 : 0
Geometrie der Gebäudeteile (Konstruktionsraster)
Die Gebäudeteile sollen wie im Ursprungsentwurf (Wettbewerbsergebnis 2022) als polygonale Grundkörper geplant werden.
- Beschluss: 22 : 1
Verortung Sitzungssaal sowie Dachgestaltung des Solitärs/Gebäude1
-Es ist die Variante C – Sitzungssaal im 3.+4. OG, weit gespanntes Tragwerk, zu planen.
Die ursprüngliche Dachform (Flachdach) muss von der Außenansicht her beibehalten werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Beschluss: 19 : 4

Arkaden

-Die Arkaden auf der Ostflanke (Solitär/Gebäude 1 und Gebäude 3) des Areals entfallen und ein zweigeschossiges Vordach ist für Solitär/Gebäude 1 einzuplanen.

- Beschluss: 23 : 0

Ausführung Tiefgarage

- Die Tiefgarage soll nur eingeschossig ausgeführt werden und die restlichen Stellplätze werden in der TG VHS/Musikschule nachgewiesen Die Tiefgarage samt TG-Decke ist in Stahlbeton auszuführen.

Die konkrete Stellplatzberechnung ist unter Einhaltung der Stellplatzsatzung mit der LPH 2 vorzulegen

- Beschluss: 23 : 0

Bauabschnittsbildung (Raumkonzept neue Arbeitswelt)

- Der Empfehlung des Kernplanungsteams, die Errichtung aller Bauteile und Geschosse wie im Wettbewerbsergebnis und auch im Bebauungsplan vorgesehen (Solitär/Gebäude1 – 5 Geschosse, Gebäude 2 – 3 Geschosse, Gebäude 3 – 3 Geschosse) wird zugestimmt.

- Beschluss: 23 : 0

Bereitschaft B- Bauungsplanänderung

Das Gremium schließt sich der Empfehlung an, den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, dass die vorgenannten Änderungen, sowie die Versetzung der TG-Abfahrt, ausgeführt werden können.

- Beschluss: 19 : 4

Ermittlung der Kosten für Ausführung in Holz und Stahlbeton

Es ist eine Gegenüberstellung der Kosten für die Ausführung in Holzbauweise und in Stahlbetonbauweise zu erstellen.

Beschluss: 23 : 0

Erstellung Vorentwurfsplanung und Kosteschätzung bis März 2024

Das Kernplanungsteam hat die vorstehenden Punkte (Beschlüsse) unter Berücksichtigung der Anmerkungen und Hinweisen einzuarbeiten und zur LPH 2 (Vorentwurfsplanung und Kostenschätzung) bis spätestens März 2024 dem Gemeinderat vorzulegen.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

23 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss:**

AZ 024
Hauptamt

502 23 **Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss:**
Gemeindlicher Naturschutz; Beitritt zu dem Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V."

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 21.09.2023, Nr. 66, wonach dieser dem Gemeinderat empfohlen hat, dem Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V." beizutreten.

Beitrittsvoraussetzungen und Handlungserwartungen:

Beitrittsvoraussetzungen sind folgende:

- Beitrittsbeschluss durch den Gemeinderat
- Unterzeichnen der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“
- Ausfüllen der Beitrittserklärung (mit Angabe einer Ansprechperson)
- Antrag einreichen mit einer Kopie der unterzeichneten Deklaration, der Beitrittserklärung und des Ratsbeschlusses an info@kommbio.de
- Jährlicher Mitgliedsbeitrag von **165 €** (bis 50.000 Einwohner*innen)

Vorteile einer Mitgliedschaft für die Gemeinde:

- Die Mitgliedschaft hat eine gute Außenwirkung, die Gemeinde kann damit werben, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass erst zwei andere Gemeinden (Haar und Neubiberg) im Landkreis München Mitglieder sind > Vorreiterrolle [Deutschlandweit aktuell 371 Gemeinden, Städte und Landkreise]
- Eine Mitgliedschaft bringt Kontakte, Ansprechpartner und ein Netzwerk rund um den kommunalen Naturschutz mit sich, auch im Rahmen von Mitgliederversammlungen
- Eine Mitgliedschaft ermöglicht die kostenlose Teilnahme an exklusiven Seminaren zu verschiedenen Themen
- Regelmäßige Newsletter, Broschüren, Infos zu Förderrichtlinien und Handlungsaufforderungen

Beschluss: 23 : 0

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Das Gremium folgt der Empfehlung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 21.09.2023, Nr. 66, dem Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt e.V." beizutreten.
Der Jahresbeitrag von 165 € ist auf der HHSt. 11420.6610 zu verbuchen.

AZ 7
Bauamt

Empfehlungsbeschlüsse aus dem Umwelt-, Digital- und Energieausschuss:

503 23 **Etablierung eines regionalen öffentlichen Bikesharing-Systems im MVV-Raum und weiteres Vorgehen**

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Gemeinderats vom 11.01.2018, Nr. 622, in welcher die Einführung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems für die Gemeinde Unterföhring beschlossen wurde. In der Sitzung des Gemeinderats vom 12.04.2018, Nr. 715, wurden folgende Standorte festgelegt:

Ort	Grundbesitzer	Stationsgröße
Feringasee	Erholungsflächenverein	15 Ständer/10 Räder
Poschinger Weiher	Erholungsflächenverein	15 Ständer/10 Räder
Tiefgarage Bürgerfestplatz	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
Parkhaus Dieselstr./Beta-Str.	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
Leinthaler Brücke	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder
S-Bahnhof Unterföhring	Gemeinde Unterföhring	15 Ständer/10 Räder

Tabelle 1: Übersicht bestehende MVG-Rad Stationen

Die Stationen gingen im Mai 2019 in Betrieb. Die Kosten für das Fahrradverleihsystem setzen sich aus den einmaligen Investitionskosten i.H.v. 28.625,- EUR (netto) und den geschätzten laufenden Betriebskosten i.H.v. 25.500,- EUR (50:50 für Landkreis und Gemeinde) pro Jahr zusammen. Die Betriebskosten lagen im Jahr 2020 bei 17.309,- EUR und 2021 bei 18.775,- EUR. Im Betriebsjahr 2022 sind für die Gemeinde Unterföhring Kosten i.H.v. 19.341,- EUR entstanden.

In der Sitzung des Gemeinderats vom 13.02.2020, Nr. 1006, wurde der Verwaltung aufgetragen weitere Flächen für neue MVG-Radstationen im Gemeindegebiet an folgenden Standorten zu prüfen:

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Bauhofstraße
- Blumenstraße/Fichtenstraße
- Bürgerhaus
- Föhringer Allee
- Apianstraße

In der Sitzung des Umwelt-, Digital- und Energieausschusses vom 16.09.2020, Nr. 4, hat das Gremium beschlossen den Ausbau der MVG-Radstationen im Bereich der Gemeinde Unterföhring auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Der Erste Bürgermeister gibt die aktuellen Entwicklungen zum Mietradsystem im Landkreis München bekannt:

Das MVG-Mietradsystem wird seit 2015 in der Landeshauptstadt München betrieben. Für die Anknüpfung an das bestehende System der LHM und die Sicherstellung eines einheitlichen Systems innerhalb der beiden Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis München, ist der Landkreis München (LKM) im Jahr 2017 eine Kooperation mit der LHM für die Einführung und den Betrieb des Mietrades (MVG Rad) eingegangen.

Die Betrauung der SWM/ MVG mit dem Betrieb des Mietradsystems seitens der LHM läuft im Februar 2025 mit Erreichen der maximalen Laufzeit von 10 Jahren aus. Zudem enden die Verträge mit dem Dienstleister nextbike by TIER Mobility SE im Jahr 2025. Folglich wird das System MVG Rad zu diesem Zeitpunkt enden.

Vor diesem Hintergrund haben sich das Mobilitätsreferat der LHM, die MVG, der MVV und die Verbundlandkreise mit der Zukunft und der Weiterführung des Systems befasst.

Die angedachten Rahmenbedingungen des neuen Bikesharing-Systems ab 2025 im MVV-Gebiet gestalten sich nach aktuellem Sachstand (29.09.2023) wie folgt:

1. Zeitlicher Rahmen

- Start des neuen Mietradsystems erfolgt voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 in der Landeshauptstadt München (LHM) und im Landkreis München (LKM). Im Landkreis Fürstenfeldbruck (LK FFB) und in der NordAllianz (NA) soll das System 2024 starten
- Die Mindestlaufzeit des neuen Systems ist bis zum 31.12.2030 geplant mit einer Verlängerungsoption um zwei Jahre.
- Kommunen, welche sich bereits ab Q1 2025 dem neuen Mietradsystem anschließen möchten, um damit einen lückenlosen Anschluss an das bestehende MVG Rad-System zu gewährleisten, benötigen den notwendigen Beschluss zum Beitritt der Zweckvereinbarung bis spätestens 22.12.2023.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

2. Vertragliche Rahmenbedingungen
 - Ein Dienstleistungsauftrag mit dem Betreiber wird zur Regelung eines einheitlichen Mietradsystems im MVV-Raum aufgesetzt. Dieser beinhaltet nur die Mieträder und deren Betrieb, nicht aber die Stationen.
Der beauftragte Dienstleister des neuen Mietradsystems übernimmt somit den Betrieb und stellt das Hintergrundsystem bereit. Da jede auftraggebende Kommune ein direktes Vertragsverhältnis mit dem Betreiber hat, findet die Abrechnung der Räder und des Betriebs direkt über den Betreiber statt.
 - Die multilaterale Zweckvereinbarung regelt die Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften. Die Zweckvereinbarung definiert die Kooperation der beteiligten Kommunen im neuen Mietradsystem während der Ausschreibung und danach im laufenden Betrieb.
3. Ausschreibung des Dienstleistungsauftrags
 - Es erfolgt eine gemeinsame Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Ausschreibung des neuen Mietradsystems durch die Landkreise, LHM, MVV GmbH und MVG mbH (= AG regionales Bikesharing System).
 - Der Dienstleistungsauftrag muss bereits im November 2023 ausgeschrieben werden. Aufgrund der vorhandenen Förderungen für den LK FFB und die NA sowie die Sicherstellung des lückenlosen Übergangs zum neuen System in LHM/LKM ist eine spätere Ausschreibung nicht möglich.
 - Die Ausschreibung erfolgt durch die MVV GmbH als Vergabestelle.
4. Betriebssteuerung und Controlling des neuen Mietradsystems
 - Die MVG mbH soll innerhalb der LHM weiterhin das Controlling und das Betriebsmanagement übernehmen. Diese Aufgaben werden voraussichtlich durch die MVV GmbH für die Landkreiskommunen übernommen.
5. Kosten für Räder und Stationen im neuen System
 - Künftig sollen Fahrräder geleast werden, wodurch die Beschaffung von Rädern und damit verbundenen einmaligen Investitionskosten entfallen. (Der LK FFB und die NA werden die Pedelecs aufgrund der bestehenden Förderung kaufen.)
 - Es gibt eine solidarische Aufteilung der Kosten, sodass jede Kommune pro Rad das gleiche bezahlt. Von folgender Kostenschätzung wird aktuell ausgegangen (+ einzuplanendem Sicherheitszuschlag von 20 %)

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

- Leasing und Betrieb der mechanischen Räder: ca. 700€/Rad/Jahr brutto
 - Leasing und Betrieb der Pedelecs: ca. 1250€/Rad/Jahr brutto
 - Die Einnahmen durch den Mietradverleih sind bei den Leasingkosten schon einberechnet, da ein Nettovertrag mit dem neuen Betreiber geschlossen werden soll.
 - Zusätzlich dazu fallen für den Umbau (Umfolierung der Stele, Wiederherstellung des Bodens, Rückbau) Kosten an sowie Investitionskosten abhängig von der gewünschten Ausgestaltung der Stationen
6. Art der Mieträder und Stationen im neuen Bikesharing-System:
- Räder und Stationen sollen dem neuesten Stand der Technik entsprechen.
 - Es sollen sowohl mechanischen Mieträdern als auch Pedelecs angeboten werden. Die Einbeziehung von Pedelecs für das neue Mietradsystem soll neue Zielgruppen ansprechen und ermöglicht es längere Distanzen zu überwinden. Durch den Einsatz von Pedelecs mit Wechselakku sind keine Investitionen in Ladeinfrastruktur nötig.
 - Je nach Ausgestaltungswunsch der Stationen sind keine tiefbaulichen Maßnahmen mehr nötig, da sich die Minimalausstattung pro Station auf Bodenmarkierungen und eine Beschilderung beschränkt. (Es können aber zur besseren Sicht zusätzliche Stelen errichtet werden.) Damit ist es auch möglich, schneller eine Station an einen anderen (attraktiveren) Standort zu verlagern. Ständermodule sind nicht mehr notwendig.
 - Über die Standorte der Stationen und die Anzahl der Fahrräder können Kommunen selbst entscheiden. Der Potenzialwert der Grundsatzuntersuchung zur Mikromobilität und die Erfahrungswerte der MVG Rad geben hierfür Hinweise.
 - Das stationsbasierte System garantiert ein aufgeräumtes Straßenbild und die Auffindbarkeit für Nutzende – es können aber auch temporär virtuelle Stationen in der App und ein Geofencing zur Kontrolle eingerichtet werden.
7. Tarif, Marke, digitale Einbindung des neuen Systems
- Durch eine Einheitlichkeit in Marke, Tarif und Betreiber soll eine bestmögliche Nutzerfreundlichkeit entstehen.
 - Für das Tarifmodell ist angedacht, dass es eine Vergünstigung für ÖPNV-Kunden geben soll, sowie Abo-Modelle pro Monat oder Jahr für den jeweiligen Fahrradtyp.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Eine digitale Einbindung in MVGO, MVV App und in die Betreiber-App ist geplant.

Im Auftrag des MVV und der acht Verbundlandkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, München und Starnberg sowie der LHM, vertreten durch das Mobilitätsreferat (MOR) und der MVG wurde eine Grundsatzuntersuchung zur geteilten Mikromobilität vom Mobility Institute Berlin (mib) durchgeführt. Die Empfehlung der Studie „Grundsatzuntersuchung geteilte Mikromobilität“ vom 19.06.2023 des Mobility Institute Berlin (mib) beruht auf Analysen des aktuellen Angebots sowie der Nutzung von Mikromobilität, den Qualitätskriterien (Verkehrsmodi, Systemtyp, Gestaltung der Fahrzeuge sowie Marke, App und Tarif) und einer räumlichen Analyse des Potenzials geteilter Mikromobilität. Daraus wurden schließlich Betreiberszenarien, Steuerungsmechanismen und Umsetzungsempfehlungen abgeleitet. Für den Landkreis München wurde eine Mindestanzahl von Fahrrädern i.H.v. 3,5 Fahrräder pro 1.000 Einwohner ermittelt. Für Unterföhring würde dies rein rechnerisch eine Mindestanzahl von etwa 40 Fahrrädern bedeuten. Inzwischen wurde aber auch von den Erstellern des Gutachtens anerkannt, dass 3,5 Fahrräder pro 1.000 Einwohner zu wenig sind.

Über das Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ haben die NordAllianz-Kommunen eine Förderzusage für 300 Pedelecs erhalten. Nach dem Verteilungsschlüssel erhält die Gemeinde Unterföhring 45 Pedelecs. Tabelle 2 zeigt die geschätzten Investitions- und Betriebskosten. Der Kauf der Pedelecs verursacht Kosten i.H.v. 160.864,- EUR brutto (Z. 1), diese werden mit 75% gefördert, wodurch sich die einmalige Kaufsumme von ca. 40.216,- EUR brutto (Z. 2 & 3) ergibt. Ebenso werden die Schilder zur Kennzeichnung der Radabstellstationen (max. 15 für die Gemeinde Unterföhring), die zusammen max. 1.339,- EUR brutto kosten (Z. 4) mit 75% gefördert. Die Markierungskosten betragen geschätzt ca. 2.231,- EUR brutto (Z. 6), bzw. ca. 557,- EUR brutto nach Förderung (Z. 7). Für das Pedelecsharig entstehen damit einmalige Investitionskosten von max. ca. 41.109,- EUR brutto (Z. 12).

Die kalkulierten Betriebskosten (einschließlich Service, Batteriewechsel, Umverteilung, Mechaniker) belaufen sich laut Kooperationsvereinbarung auf 252.000,- EUR netto. Abzüglich der konservativen Einnamenschätzung von 192.720,- EUR netto (0,8 Ausleihen pro Pedelec pro Tag für 20 Minuten = 2,20,- EUR), entsteht ein gesamtes Betriebskostendefizit von 59.280,- EUR netto. Laut Verteilungsschlüssel (15%) entstehen für die Gemeinde Unterföhring Betriebskosten i.H.v. 8.892,- EUR netto pro Jahr für 45 Pedelecs. Jedoch wurde bereits festgestellt, dass die Betriebskosten deutlich zu niedrig angesetzt wurden, weshalb auf Empfehlung der NordAllianz ein Puffer von

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

300% einberechnet wurde. Für die 45 Pedelecs entstehen demnach geschätzte jährliche Betriebskosten i.H.v. 31.744,- EUR brutto.

	NordAllianz Pedelecssharing Kostenaufstellung	Anzahl	Kosten	
1	Kosten Pedelecs NA ohne Förderung:	45	160.864 €	einmalig/Brutto
2	Kosten Pedelecs NA nach Förderung (75%)	45	40.216 €	einmalig/Brutto
3	Kosten Anschaffung Pedelecs Gesamt:		40.216 €	einmalig/Brutto
4	Schilder zur Kennzeichnung der Pedelecstationen (15 je Kommune)	15	1.339 €	einmalig/Brutto
5	Schilder zur Kennzeichnung der Pedelecstationen (15 je Kommune) nach Förderung (75%)	15	335 €	einmalig/Brutto
6	Markierungskosten zur Kennzeichnung der Pedelecstationen (15 je Kommune)		2.231 €	einmalig/Brutto
7	Markierungskosten zur Kennzeichnung der Pedelecstationen (15 je Kommune)		558 €	einmalig/Brutto
8	Kosten Tiefbau Gesamt:		893 €	einmalig/Brutto
9	Jährliche Kosten UFG Gesamt Betrieb		10.581 €	Jahr/Brutto
10	Puffer Jährliche Kosten UFG Gesamt Betrieb	300%	31.744 €	Jahr/Brutto
11	Jährliche Kosten UFG Gesamt (Betrieb):		31.744 €	Jahr/Brutto
12	Investitionskosten		41.109 €	einmalig/Brutto
13	Betriebskosten:		31.744 €	Jahr/Brutto

Tabelle 2: Kostenschätzung Bikesharing Pedelecs „Klimaschutz durch Radverkehr“ der NordAllianz

Berechnungsgrundlage		
Leasing mech. Räder	700,00 €	Rad/Jahr/brutto
Leasing Pedelecs	1.200,00 €	Rad/Jahr/brutto
Schild + Markierung Station	600,00 €	Station/brutto
sonst. Ausgestaltung Stationen	600,00 €	Station/brutto
Pedelecs Anschaffungspreis laut Förderzusage	3.004,00 €	Rad/netto
Schild NA	75,00 €	Schild/netto
Istallationskosten	1.875,00 €	Ø netto

Tabelle 3: Berechnungsgrundlage

Am 17.10.2023, Drucksache 15/0952, wurde im Kreistag über die Neuausrichtung des Mietradsystems im Landkreis München ab 2025 abgestimmt. Der Kreistag stimmte dort für die Mitwirkung des Landkreises am neuen Mietradsystem. Oberstes Ziel dabei ist, das neue Mietradsystem nach Möglichkeit auf den gesamten MVV-Raum auszudehnen. Mit dem Beschluss verdeutlicht der Kreistag seine Zuversicht an das neue Mietradsystem. Gleichzeitig hat sich der Kreistag jedoch auch gegen eine weitere Finanzierung des neuen Mietradsystems ab 2025 ausgesprochen. Grund dafür ist die angespannte Haushaltssituation. Bislang hat sich der Landkreis mit 50% an den Betriebskosten beteiligt. Die bestehende Kostenbeteiligung endet mit der Einstellung des MVG Rad-Systems im Landkreis München.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufgrund des Kreistagsbeschlusses und der damit einhergehenden neuen finanziellen Situation sollen dem Gremium 2 Varianten der Etablierung eines neuen Mitradsystems zur Abstimmung vorgelegt werden. Variante 1 entspricht der Variante, die dem Umwelt-, Energie- und Digitalausschuss am 25.07.2023 bereits vorgelegt wurde, Variante 2 entspricht einer etwas reduzierten Variante. Die Kosten für das Pedelecsharing sind dabei unveränderlich, lediglich die Reduzierung der Anzahl der mechanischen Mieträder stellen einen veränderbaren Kostenpunkt dar.

Variante 1:

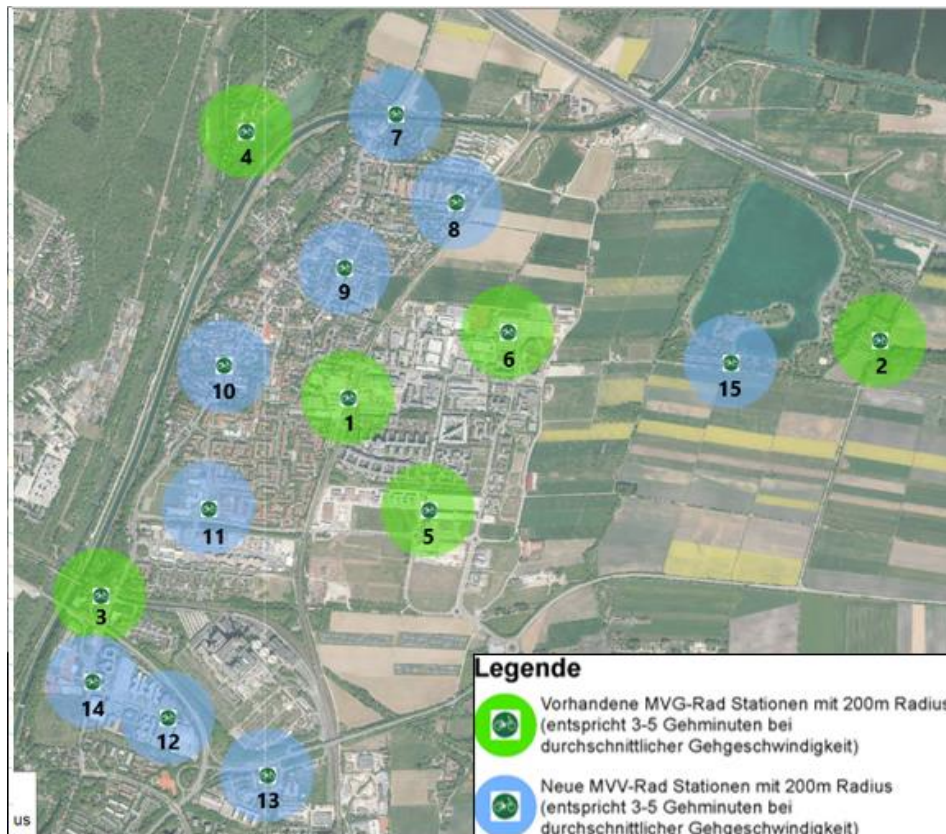
Die Verwaltung empfiehlt die Radstationen an den bestehenden Punkten weiterzuführen und darüber hinaus weitere Stationen im Gemeindegebiet auszuweisen. Die bestehenden Stationen werden zum Start des neuen Systems abgebaut und an den Inhaber der Stationen (MVG mbH) übergeben. Aktuell wird noch geprüft, ob die bestehenden Stehlen neu foliert werden können. Die Klick-Stationen werden im neuen System nicht mehr benötigt. Die Stationen werden zukünftig über eine Bodenmarkierung und ein Schild kenntlich gemacht. Damit entfallen größere Tiefbauarbeiten und dementsprechend auch die Investitionskosten, die es bei der Installation des bestehenden Systems gab.

Die neuen Standortvorschläge orientieren sich zum einen an den Stationsvorschlägen, die laut Gemeinderatsbeschluss vom 13.02.2020, Nr. 1006, untersucht werden sollten und zum anderen an den freien Abstellvorgängen, die in den jährlichen Berichten zum MVG-Rad dargestellt werden. Mit den neuen Stationen soll eine größtmögliche Abdeckung des Gemeindegebiets erreicht werden.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss



Die Verwaltung schlägt folgende Verteilung der Räder an den Stationen vor:

Nr.	Bestand/Neu	Stationsname	Anzahl Räder ges.	Davon Pedelegs	Davon Mechan. Räder
1	Bestand	Am Bahnhof	10	7	3
2	Bestand	Feringasee (ost)	3	0	3
3	Bestand	Leinthaler Brücke	7	5	2
4	Bestand	Poschinger Weiher	3	0	3
5	Bestand	Dieselstraße	4	2	2
6	Bestand	Bürgerfestplatz	4	2	2
7	Neu	Bauhofstraße	4	2	2
8	Neu	Fichtenstraße	3	0	3
9	Neu	Blumenstraße	3	0	3
10	Neu	Bürgerhaus	5	5	0
11	Neu	Föhringer Allee	5	5	0
12	Neu	Feringastrasse	10	7	3
13	Neu	Apianstraße	10	7	3
14	Neu	Sportscheck	4	3	1
15	Neu	Feringasee (west)	3	0	3
		Summe	78	45	33

Tabelle 4: Übersicht Var. 1 über potenzielle Erweiterung der neuen Radstationen

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Durch eine Erweiterung der Radstationen werden neben den 45 Pedelecs weitere Räder benötigt. Zu den 45 geförderten Pedelecs würden weitere 33 mechanische Fahrräder benötigt werden, um die Stationen mit Rädern abzudecken.

Die prognostizierten Betriebskosten für die mechanischen Räder setzen sich unter der Voraussetzung, dass pro Station mindestens 3 Räder realisiert werden müssen, wie folgt zusammen:

Wie in der Berechnungsgrundlage (Tab. 3) dargestellt, liegen die Leasingkosten für mechanische Räder bei etwa 700,- EUR brutto pro Rad und pro Jahr. Für die 33 mechanischen Räder entstehen demnach geschätzt jährliche Leasingkosten i.H.v. 23.100,- EUR brutto (Tab. 5 Z.1). Rechnet man darüber hinaus einen 20%igen Puffer ein, würden jährlich schätzungsweise 27.720,- EUR brutto anfallen (Z. 3 & 8). Da die Schilder und die Markierung über das Förderprogramm der NordAllianz laufen, sind in Zeile 4 der Tabelle X keine weiteren Kosten angegeben. Lediglich für die Ausstattung mit Umkippbegrenzungen und Ähnlichem, werden einmalige Investitionskosten i.H.v. ca. 9.000,- EUR brutto (Z. 5 & 6) angesetzt. Zusätzlich wurden für den Rückbau der bestehenden MVG-Rad Stationen 15.000,- EUR brutto veranschlagt (Z. 9). Der Abbau der Stationen erfolgt durch den eigenen Bauhof.

	MVV Bikesharing Kostenaufstellung	Anzahl	Kosten	
1	Leasing mechanische Räder	33	23.100 €	Jahr/Brutto
2	sonstige Kosten (Puffer)	20%	4.620 €	Jahr/Brutto
3	Jährliche Kosten UFG Gesamt:		27.720 €	Jahr/Brutto
4	Schilder & Markierungen zur Kennzeichnung der Stationen		- €	einmalig/Brutto
5	sonst. Ausstattung der Stationen (z.B. Umkippbegrenzung)		9.000 €	einmalig/Brutto
6	Kosten Tiefbau Gesamt:		9.000 €	einmalig/Brutto
7	Investivkosten:		9.000 €	einmalig/Brutto
8	Betriebskosten:		27.720 €	Jahr/Brutto
9	Rückbau der MVG-Radstationen	6	15.000 €	einmalig/Brutto

Tabelle 5: Kostenschätzung mechanische Räder

Insgesamt würden bei der Variante 1 damit **einmalige Investitionskosten i.H.v. ca. 50.109,- EUR brutto** entstehen. Die **jährlichen Betriebskosten würden in etwa 59.464,- EUR brutto** betragen.

Damit sind die geschätzten Betriebskosten des neuen Fahrradmietsystems im Verhältnis zu den Betriebskosten des aktuellen Mietradsystems insgesamt durch die fehlende finanzielle Beteiligung des Landkreises höher anzusetzen, jedoch entsteht durch die Einführung von Pedelecs und einer flächenmäßig größeren Abdeckung an Ausleih- und Rückgabepunkten ein deutlicher Mehrwert für potenzielle Nutzer.

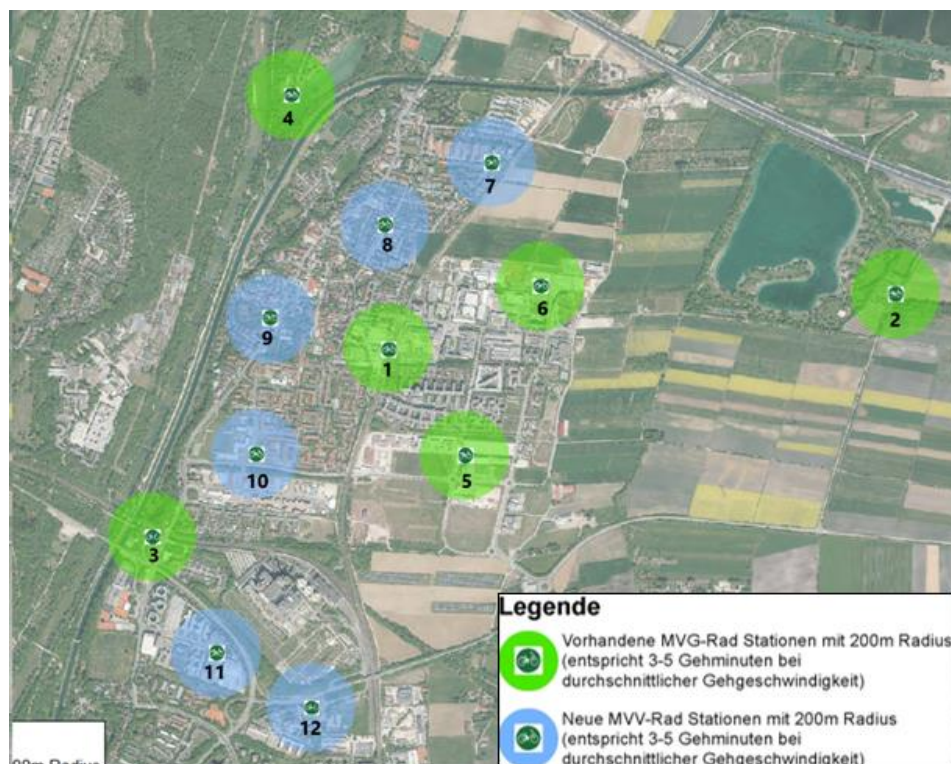
Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Variante 2:

Variante 2 beinhaltet eine reduzierte Anzahl an mechanischen Rädern. Anstelle der 33 mechanischen Rädern sollen nur 20 mechanische Räder bestellt werden. Zusammen mit den 45 Pedelecs würden insgesamt 65 Räder in Unterföhring zur Verfügung stehen, 5 Räder mehr als das aktuelle MVG-Mietradsystem in Unterföhring beinhaltet. Die Anzahl der Stationen wird von 15 auf 12 reduziert, genauso wie die Anzahl der verfügbaren Räder pro Station.



Die Verwaltung schlägt bei dieser Variante folgende Verteilung vor:

Nr.	Bestand/Neu	Stationsname	Anzahl Räder ges.	davon Pedelecs	davon Mechan. Räder
1	Bestand	Am Bahnhof	10	8	2
2	Bestand	Feringasee	3	0	3
3	Bestand	Leinthaler Brücke	5	3	2
4	Bestand	Poschinger Weiher	3	0	3
5	Bestand	Dieselstraße	5	3	2
6	Bestand	Bürgerfestplatz	5	3	2
7	Neu	Fichtenstraße	3	3	0
8	Neu	Blumenstraße	3	3	0

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

9	Neu	Bürgerhaus	5	5	0
10	Neu	Föhringer Allee	3	3	0
11	Neu	FeringasträÙe	10	7	3
12	Neu	ApiansträÙe	10	7	3
		Summe	65	45	20

Tabelle 6: Übersicht Var. 2 über potenzielle Erweiterung der neuen Radstationen

Eine Nachbestellung an mechanischen Rädern ist zu einem späteren Zeitpunkt auch möglich.

MVV Bikesha- ring	MVV Bikesha- ring Kosten		Anzahl	Kosten	
	Leasing mechanische Räder		20	14.000,00 €	Jahr/Brutto
	sonstige Kosten (Puffer)		20%	2.800,00 €	Jahr/Brutto
	Jährliche Kosten UFG Gesamt:			16.800,00 €	Jahr/Brutto
	Schilder & Markierungen zur Kennzeichnung der Stationen		-	-	einmalig/Brutto
	sonst. Ausstattung der Stationen (z.B. Umkippbegrenzung)			9.000,00 €	einmalig/Brutto
	Kosten Tiefbau Gesamt:			9.000,00 €	Jahr/Brutto
	Investivkosten:			9.000,00 €	einmalig/Brutto
	Betriebskosten:			16.800,00 €	Jahr/Brutto
	Rückbau der MVG-Radstationen		6	15.000,00 €	einmalig/Brutto

Insgesamt würden bei der Variante 2 damit **einmalige Investitionskosten i.H.v. ca. 50.042,- EUR brutto** entstehen. Die **jährlichen Betriebskosten würden in etwa 48.544,- EUR brutto** betragen, was eine Kostenreduzierung ggü. der Variante 1 um ca. 11.000,- EUR brutto bedeuten würde. Dadurch reduziert sich aber auch die Anzahl der Stationen von 15 auf 12 und die Anzahl der mechanischen Räder von 33 auf 20 Stück.

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die Zustimmung zur Etablierung eines öffentlichen regionalen Bikesha-
ring-Systems im MVV-Raum. Der Erste Bürgermeister wird ermächtigt, die Zweckvereinbarung abzuschließen. Die Beschlussvorschläge sind für alle Gebietskörperschaften einheitlich formuliert worden und von der Rechtsberatung der jeweiligen Partner geprüft und freigegeben worden.

Beschluss: 23 : 0

Das Gremium nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich für die Realisierung der Variante 1 aus:
Zusätzlich zu den 45 Pedelecs werden 33 mechanische Räder bestellt. Es werden 15 Stationen realisiert. Die 33 mechanischen Räder verursachen Betriebskosten von ca. 27.720,- EUR brutto pro Jahr und für die 45 Pedelecs fallen 31.744,- EUR brutto jährlich an.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Insgesamt würden bei der Variante 1 damit einmalige Investitionskosten i.H.v. ca. 50.109,- EUR brutto entstehen. Die jährlichen Betriebskosten würden etwa 59.464,- EUR brutto betragen.

Alternativ

für die Realisierung der Variante 2 aus:

Zusätzlich zu den 45 Pedelecs werden 20 mechanische Räder bestellt. Es werden 12 Stationen realisiert. Die 20 mechanischen Räder verursachen Betriebskosten von ca. 16.800,- EUR brutto pro Jahr und für die 45 Pedelecs fallen 31.744,- EUR brutto jährlich an.

Insgesamt würden bei der Variante 2 damit einmalige Investitionskosten i.H.v. ca. 50.042,- EUR brutto entstehen. Die jährlichen Betriebskosten würden in etwa 48.544,- EUR brutto betragen.

Die Tiefbaukosten sind unter der Haushaltsstelle 79110.9520 (Baukosten Tiefbau) zu verbuchen. Die jährlichen Betriebskosten sind entsprechend unter der Unterabschnitt 79110 ab 2024/2025 einzustellen.

1. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Zweckvereinbarung über die gemeinschaftliche Etablierung und Sicherstellung eines öffentlichen Bikesharing-Systems von Gebietskörperschaften im Gebiet des Münchner Verkehrsverbundes (im Folgenden: Zweckvereinbarung) nach Maßgabe des angehängten Entwurfes mit allen in der Anlage 1 des Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften sowie allen Landkreisen, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, abzuschließen. Diese Beauftragung und Ermächtigung bleibt bestehen, auch wenn und soweit einzelne oder mehrere der in der Anlage 1 des Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften oder der Landkreise, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, nicht oder nicht rechtzeitig zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens den Abschluss der Zweckvereinbarung beschließen.
2. Von dem angehängten Entwurf darf abgewichen werden, soweit die Abweichungen nur unwesentlich sind und diese aufgrund von Anmerkungen der Aufsichtsbehörde, des Finanzamtes oder ähnlicher Stellen, aufgrund einer steuerlichen Prüfung, aufgrund weiterer Abstimmungen zwischen den Projektbeteiligten oder aus vergleichbaren Gründen erforderlich sind.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

3. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Landeshauptstadt München zu bevollmächtigen, Willenserklärungen anderer Gebietskörperschaften, die den Abschluss, die Änderung oder die Beendigung der Zweckvereinbarung betreffen, mit Wirkung für und gegen die Gemeinde Unterföhring zu empfangen.
4. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Zweckvereinbarung diese zu ändern, soweit die Änderungen nur unwesentlich sind und diese aufgrund von Anmerkungen der Aufsichtsbehörde, des Finanzamtes oder ähnlicher Stellen, aufgrund einer steuerlichen Prüfung oder aus vergleichbaren Gründen erforderlich sind. Ein erneuter Beschluss des Umwelt- und Verkehrsausschusses ist hierfür jeweils nicht erforderlich.
5. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, nach Abschluss der Zweckvereinbarung einzelne oder mehrere der in der Anlage 1 des angehängten Entwurfes genannten Basisgebietskörperschaften bzw. einzelne oder mehrere der in der Anlage 2 des angehängten Entwurfes genannten Optionsgebietskörperschaften sowie einzelne oder mehrere Landkreise, die Gesellschafter der Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) sind, unter den in der Zweckvereinbarung festgelegten Voraussetzungen als Vertragsparteien in die Zweckvereinbarung aufzunehmen und die Zweckvereinbarung jeweils entsprechend zu ändern. Ein erneuter Beschluss des Gemeinderats ist für die Vertragsänderungen jeweils nicht erforderlich.
6. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung der Anlage 1 der Zweckvereinbarung für die Gemeinde Unterföhring mechanische Fahrräder und Pedelecs
 - nach Variante 1 oder
 - nach Variante 2anzugeben.
7. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Vertragsparteien der Zweckvereinbarung den Auftrag für ein regionales Bikesharing-System gemäß den Vorgaben der Zweckvereinbarung an einen Dienstleister zu vergeben. Die Vertragsparteien der Zweckvereinbarung werden gemeinsam Auftraggeber.
8. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, im Rahmen der durch die Zweckvereinbarung eröffneten Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass für die Gemeinde Unterföhring mögliche Stationen gemäß

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschlussergebnis von Punkt 7 vorgesehen werden und die in dieser Vorlage genannten Standorte möglichst weitgehend umgesetzt werden. Die Beschaffung soll jedoch auch dann durchgeführt werden, wenn diese Vorgaben nicht umgesetzt werden.

9. Die Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV) führt das Vergabeverfahren zu den in dieser Vorlage genannten Bedingungen als Vergabestelle durch und erteilt im Namen der Auftraggeber nach den Bestimmungen der Zweckvereinbarung den Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot.
10. Einer erneuten Befassung des Gemeinderats bedarf es nicht, wenn aus vergaberechtlichen Gründen eine Änderung der Wahl der Vergabe- und Vertragsordnung, der Vergabeverfahrensart, der Eignungskriterien oder Eignungsunterlagen oder der Zuschlagskriterien erforderlich sein sollte oder wenn das Vergabeverfahren aus vergaberechtlichen Gründen aufgehoben werden muss.
11. Eine erneute Befassung des Gemeinderats ist zur Erteilung des Zuschlags nur erforderlich, falls das wirtschaftlichste Angebot den geschätzten Auftragswert um mehr als 20% übersteigen sollte.

AZ 851
Bauamt

504

23

Ortsrecht; Neuerlass "Verordnung über das freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung)"

Die Gemeinde Unterföhring hat mit Beschluss vom 10.09.2020, Beschluss-Nr.: 72, mit Wirkung zum 10.10.2020 und Ausfertigung vom 17.09.2020 die „Verordnung über das freie Umherlaufen von Kampfhunden“ erlassen.

Gemäß Art. 50 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraß- und Ordnungsgesetz, LStVG) haben Verordnungen längstens für 20 Jahre Gültigkeit.

Die aktuelle Verordnung ist in diesem Sinne nicht abgelaufen, jedoch hat sich das gemeinsame Zusammenleben der Hundehalter*innen und der Bürger*innen von Unterföhring verändert. Aufgrund dieser Veränderung und der stetigen Beschwerden der Bürger*innen wird seitens der

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeindeverwaltung empfohlen die bestehende „Kampfhundeverordnung“ mit einem Leinenzwang für Hunde ab einer Schulterhöhe von 50 cm in einem bestimmbar Bereich der Gemeinde Unterföhring, zu erweitern.

Es ist ausserdem ein Anstieg der Kategorie II Hunde (Hunderassen bei denen die Kampfhundeeigenschaft vermutet wird aufgrund gesteigerter Aggressivität und Gefährlichkeit gegenüber Menschen und Tiere bis und solange Sie von dieser Vermutung befreit sind) zu verzeichnen. Vor dem Jahr 2020 waren keine bzw. keine mehr dieser Hunderassen registriert. Seit Dezember 2020 bis März 2023 wurden 4 Kategorie II Hunde im Amt für Öffentliche Sicherheit und Ordnung angemeldet.

Diese Hunderassen benötigen aufgrund Ihrer Charaktereigenschaften ein größeres Maß an Erziehung und Aufmerksamkeit und werden mit der Änderung der neuen Verordnung in Bezug auf eine zusätzliche Leinenpflicht regelrecht erfasst.

Zusätzlich bietet eine Leinenpflicht für alle großen Hunde besonders im Verhältnis zum Umgang mit Kindern ein Stück weit mehr Sicherheit. Die Wirkung von „großen Hunden“, die nicht angeleint sind und auf kleine Kinder zulaufen ist im Größenvergleichs-Verhältnis enorm höher als zu Erwachsenen. Immer wieder wird hier durch Eltern, Bekannte, Verwandte berichtet, dass es zu Kontaktsituationen kam, die Angstzuständen der Kinder wie auch der Begleitpersonen auslöste und im Gegensatz dazu jedoch auf Unverständnis der Hundehalter gestoßen wird. Ebenfalls sind der Personenkreis mit „Handycap“ und ältere Menschen besonders zu schützen, die sich in solchen Begegnungssituationen schlechter durchsetzen oder wehren können.

Oft wird uns berichtet, dass Hunde auf Spielplätzen mitgenommen werden. V.a. große Hunde können für spielende Kinder innerhalb sowie außerhalb des Spielplatzes ein erhöhtes Risiko darstellen. Für spielende Kinder kann schon alleine die Anwesenheit und zusätzlich das freie Umherlaufen eines Hundes die Spiel-Situation beeinflussen und daraufhin Verunsicherheit auf beiden Seiten auslösen, was zu unkontrollierbaren Reaktionen der Hunde führen kann (im Besonderen wird das Nachlaufen der Kinder und der Spieltrieb der Hunde geweckt). Eine Leinenpflicht, zumindest für große Hunde, kann in jedem Fall zur Problembeseitigung beitragen.

Ebenfalls kommt es immer häufiger zu Auseinandersetzungen zwischen Hunden untereinander, die oftmals soweit gehen, dass tierärztliche Behandlungen erfolgen müssen. Eine Leinenpflicht für große Hunde würde auch hier einer unkontrollierten Begegnung entgegenwirken.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ein häufiges und sehr oft diskutiertes Problem zwischen Bürgern und der Gemeindeverwaltung ist der liegengelassene Hundekot auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Einem unbemerkten „lösen“ des Hundes wird durch eine Leinenpflicht vorgebeugt und kann eine einfache Maßnahme gegen das „Liegenlassen“ darstellen.

Die Leinenpflicht für große Hunde stellt daher ein geeignetes Mittel dar, die Hundehalter im Rahmen eines ungewollten und unkontrollierten Kontaktes zwischen unfreiwillig beteiligten Personen und Hunden, automatisch einzuschränken.

Zugleich wird das Gebiet innerhalb der Gemeinde, das die Leinenpflicht umfasst, nur im bebauten Bereich festgelegt (Lageplan). Im Bereich von Feldwegen kann der Hund seinem Bewegungsdrang nachgehen, welcher aus tierschutzrechtlicher Sicht ebenfalls gewürdigt und beachtet werden muss.

Die gesonderten rechtlichen Regelungen im Bereich der Erholungsgebiete (Feringasee und Poschinger Weiher) bleiben von den Bestimmungen aus der Kampfhundeverordnung unberührt.

Der Entwurf der neu zu erlassenden Hundeverordnung mit der Leinenpflicht für große Hunde wurde vorab mit der Polizeidienststelle (PI) Ismaning, Herr Mayerhofer, besprochen. Die PI Ismaning hat den Entwurf in Bezug auf die Ortsbegrenzung und allen weiteren inhaltlichen Angaben befürwortet.

Der Entwurf (Stand 26.10.2023) der neu zu erlassenden Verordnung über das „Freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung)“, mit den rot gekennzeichneten Änderungen, sowie die aktuell gültige Verordnung vom 17.09.2020 wurden im Vorfeld den Gemeinderatsmitgliedern zur Kenntnis und Vorbesprechung übermittelt.

Beschluss: 13 : 10

Der Gemeinderat nimmt die neue Hundeverordnung Stand (26.10.2023) zur Kenntnis und beschließt diese vollumfänglich.

Die Kampfhundeverordnung vom 17.09.2020 tritt mit Wirkung zum 30.11.2023 außer Kraft.

Die Hundeverordnung (Stand 26.10.2023) tritt mit Wirkung zum 01.12.2023 in Kraft.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Hundeverordnung (Stand 26.10.2023) wird als Anlage der Niederschrift beigelegt. Der Gemeinderat nimmt die neu zu erlassende Verordnung über das „Freie Umherlaufen von großen Hunden und Kampfhunden (Hundeverordnung) vollumfänglich an.

AZ 0281
Hauptamt

505

23

Musikschule Unterföhring e.V.: Genehmigung Haushaltsentwurf 2024

Das Gemeinderatsmitglied Frau Veit hat zu diesem Tagesordnungspunkt den Sitzungssaal verlassen und sich nicht an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt.

In der Gemeinderatssitzung am 08.12.2022 wurde das Gremium darüber in Kenntnis gesetzt, dass die Musikschule Unterföhring e.V. rückwirkend zum 01.09.2022 in den Verband der Bayerischen Sing- und Musikschulen aufgenommen wurde und ab diesem Zeitpunkt die Regelungen der Satzung des Vereins Musikschule Unterföhring e.V. und des Vertrages zwischen der Gemeinde und der Musikschule anzuwenden sind.

Gemäß § 4 Absatz 6 des Vertrages verpflichtet sich der Verein, seinen jährlichen Haushaltsentwurf vor Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium dem Gemeinderat Unterföhring vorzulegen und mit diesem abzustimmen.

Mit E-Mail vom 18.10.2023 ist der Vorstand der Musikschule dieser Verpflichtung nachgegangen und hat den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 vorgelegt.

Dieser Haushalt geht für 2024 von Gesamtausgaben in Höhe von 822.779,57 € aus (2023: 762.943 €). Die ermittelten Einnahmen belaufen sich inkl. des Staatszuschusses auf 524.926,24€ (2023: 492.531 €). Demnach verbleibt bei der Gemeinde ein Defizit in Höhe von 297.853,33€ (2023: 270.412 €), das gemäß § 4 Absatz 1 des Vertrages als Zuwendung von der Gemeinde auszugleichen ist. Diese Zuwendung soll gem. § 4 Absatz 2 in Form von zwei Abschlagszahlungen erfolgen. Die erste Rate i.H.v. 148.927 € wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium am 01.02.2024 und die zweite Rate in gleicher Höhe am 01.07.2024.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Verwaltung schlägt vor, dem Haushaltsentwurf 2024 und der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen von 148.927 € an die Musikschule Unterföhring e.V. zuzustimmen. Die erste Rate wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium am 01.02.2024 und die zweite Rate zum 01.07.2024 fällig. Die genannten Haushaltsmittel sind in der Haushaltsplanung der Gemeinde Unterföhring für den Haushalt 2024 bereits berücksichtigt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Haushaltsentwurf 2024 und der Auszahlung der beiden Abschlagszahlungen von 148.927 € an die Musikschule Unterföhring e.V. zu. Die erste Rate wird nach Beschlussfassung durch das satzungsgemäße Gremium am 01.02.2024 und die zweite Rate am 01.07.2024 fällig.

AZ 3120
Finanzen

506

23

Änderungsbebauungsplan Nr. 34b/23 "Unterföhring Süd" zur Errichtung von größeren Gartenhäusern; Aufstellungsbeschluss

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses Nr. 307, vom 06.07.2023, nach dem das Gremium wie folgt beschlossen hat:

„Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Sachstand, sowie das Schreiben der städtebaulichen Oberleitung, Frau Schreiber der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, vom 05.05.2023, bezüglich der Gartengerätehäuser im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 34/85 zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, die darin empfohlenen Änderungen des Bebauungsplanes (eine zulässige Größe von 20m³ in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche von 9m², sowie ohne zusätzliche baulich fest installierte Überdachung), zu veranlassen.

Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34/85 ist als Empfehlung (Aufstellungsbeschluss) dem Gemeinderat vorzulegen.“

Aufgrund des Antrags von Herrn Christian Kaap, auf isolierte Befreiung für die Errichtung eines Gartenhauses mit Überdachung am Gernweg 13, Fl. Nr. 181/96, vom 30.05.2022, welcher vom Gremium abgelehnt wurde, sollen nun der BP 34/84 geändert werden und die Festsetzungen bezüglich der zulässigen Größe von Gartengerätehäuser geändert werden. Das im Bebauungsplan festgesetzte Maß für diese Anlagen beträgt 5 m³.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Rahmen einer Ortsbegehung durch das Büro Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, wurden der aktuelle Bestand und die Dimensionen der vorhandenen Gartenhäuser überprüft. Hierbei wurde festgestellt, dass ca. 20 dieser baulichen Anlagen, das im Bebauungsplan festgesetzte Maß von 5 m³ deutlich überschreiten. Die Größe der errichteten Gartengerätehäuser reicht von 7 m³ bis 36,9 m³. Mit Stellungnahme vom 05.05.2023 empfiehlt das Büro Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH eine Anpassung der Festsetzung im Bebauungsplan an den aktuellen Bestand. Eine Größe von 5 m³ entspricht aus heutiger Sicht nicht mehr dem erforderlichen Platzbedarf z.B. Fahrradmobilität. Eine zulässige Größe von 20 m³ in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche von 9 m², jedoch ohne zusätzliche baulich fest installierte Überdachung, wäre aus städtebaulicher Sicht vorstellbar.

Der Umgriff erstreckt sich über die Wohnsiedlung / Reihenhaussiedlung, welche im Norden an den Firkenweg grenzt. Östlich erstreckt sich der Umgriff entlang des Dorfangerweges, welcher im Süden weiter verläuft und die Grenze des Umgriffs bildet. Die westliche Grenze des Umgriffs verläuft entlang der rückwärtigen Zugangswege zu den Grundstücken der Reihenhäuser. Im Umgriff ebenfalls enthalten sind die Reihenhausgrundstücke aus dem Gernweg.

Von diesem Aufstellungsbeschluss sind folgende Flächen aus dem Umgriff des Bebauungsplanes 34/85 „Gartenhäuser im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 34/85“ umfasst:

Reihenhausgrundstücke:

Fl.Nr.

181/29, 181/180, 181/181, 181/182, 181/183, 181/184, 181/185, 181/186, 181/187, 181/188, 181/189, 181/190, 181/27, 181/169, 181/170, 181/171, 181/172, 181/173, 181/174, 181/175, 181/176, 181/177, 181/178, 181/179, 181/60, 181/139, 181/140, 181/141, 181/142, 181/143, 181/144, 181/145, 181/146, 181/147, 181/81, 181/82, 181/83, 181/84, 181/85, 181/86, 181/87, 181/88, 181/89, 181/90, 181/91, 181/92, 181/93, 181/94, 181/95, 181/96, 181/97, 181/98, 183/7, 183/34, 183/35, 183/36, 183/37, 183/38, 183/39, 183/40, 183/41, 183/42, 183/43, 183/44, 183/45, 183/46, 183/47, 183/48, 183/49, 183/50, 183/51, 183/31, 183/14, 183/53, 183/54, 183/55, 183/56, 183/57, 183/58, 183/12, 183/80, 183/81, 183/82, 183/83, 183/84, 183/85, 183/86, 183/87, 183/88.

Straßen, Wege, Stellplätze, Grünanlagen:

Fl. Nr.

181/28, 181/57(T), 181/61, 181/64, 181/65, 181/66, 181/67, 181/69, 181/76, 183/8, 183/9, 183/10, 183/11, 183/15, 183/16, 183/17, 183/23, 183/28

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Flächenansatz Umgriff der Planänderung gesamt mit Erschließung beträgt ca. 22.510 m².

Mit der Aufstellung zur Änderung dieses Bebauungsplanes im Bereich der Reihenhaussiedlung entlang des Firkenwegs, Dorfangerwegs und Gernwegs soll eine Neuerrichtung von größeren Gartenhäusern, welche den heutigen Platzbedarf entsprechen im Rahmen des Bebauungsplanes, ermöglicht werden.

Die Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 34/85 sollen von einer zulässigen Größe von 5m³ auf eine zulässige Größe von 20m³ in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche von 9m², sowie ohne zusätzliche baulich fest installierte Überdachung, geändert werden.

Der Lageplan mit Umgriff, sowie das dazugehörige Schreiben zum Aufstellungsbeschluss von Frau Claudia Schreiber, wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Sachstand und die Beschlusslage des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023 (Beschluss-Nr. 307) zur Kenntnis und beschließt die Einleitung eines Änderungsbebauungsplanes 34b/23 "Unterföhring Süd" zur Errichtung von größeren Gartenhäusern. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Änderungsbebauungsplan Nr. 34b/23 "Unterföhring Süd" zur Errichtung von größeren Gartenhäusern“.

Die Verwaltung wird ermächtigt die städtebauliche Oberleitung, Frau Schreiber der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, zur Durchführung der Bauleitplanung zu beauftragen.

AZ 6102
Bauamt

507 23 **Antrag des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring auf Zuschuss zur Anschaffung einer einheitlichen Vereinstracht**

Mit Schreiben vom 23.10.2023 hat der Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring einen Antrag auf einen Zuschuss zur Anschaffung bzw.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Erneuerung einer einheitlichen Vereinstracht gestellt. Der Verein rechnet mit Gesamtkosten in Höhe von etwa 15.000 €. Die Anschaffungskosten teilen sich wie folgt auf: 75 Vereinsmitglieder (Hemd, Krawatte) zu je ca. 75,00 € und 12 Böllerschützen (Janker, Weste, Hemd und Hosenträger) zu je ca. 800,00 € pro Person. Dies entspricht einem Durchschnittsbetrag von 172,41 € pro Person.

Das Antragsschreiben wurde dem Gremium vorab übermittelt.

Der Soldaten- und Kriegerverein plant die Neuanschaffung der Tracht anlässlich seines 150-jährigen Vereinsjubiläum im Jahr 2025. Mit einer einheitlichen Vereinstracht für die Böllerschützen und die Vereinsmitglieder möchte der Verein ein ansprechendes Gesamtbild über die Gemeindegrenzen hinaus präsentieren und die Gemeinde Unterföhring angemessen repräsentieren.

Der Soldaten- und Kriegerverein ist einer der ältesten Traditionsvereine in Unterföhring. Die Böllerschützengruppe bereichert nicht nur das Vereinsleben, sondern unterstützt auch Veranstaltungen der Gemeinde und trägt diese Tradition sogar über die bayerischen Landesgrenzen hinaus, zum Beispiel bei Besuchen in den Partnergemeinden Tarcento und Kamsdorf.

Gemäß Artikel 57 Absatz 1 der Bayerischen Gemeindeordnung gehört die Erhaltung der örtlichen Kulturpflege zu den Aufgaben einer Gemeinde.

Die Beschlüsse des Gemeinderates Nr. 359 vom 10.12.2009, Nr. 46 vom 10.06.2010, Nr. 170 vom 11.02.2015, Nr. 947 vom 09.10.2019 sowie Nr. 469 vom 14.09.2023, in denen bereits Zuschüsse zwischen 125 € und 500 € pro Mitglied für die Anschaffung von Vereinstrachten gewährt wurden, dienen als Entscheidungsgrundlage für den aktuellen Antrag.

Beschluss: 23 :0

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Soldaten- und Kriegervereins Unterföhring zur Kenntnis und beschließt dem Soldaten- und Kriegerverein Unterföhring einen anteiligen Zuschuss bis zu einem Gesamthöchstbetrag von 10.000 € zu gewähren.

Die Auszahlung erfolgt auf Nachweis der entsprechenden Rechnungen.

Die erforderlichen Mittel sind in der Haushaltsplanung für das Jahr 2024 auf der Haushaltsstelle 34000.7010 zu berücksichtigen.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Finanzen

508 23 **Bericht aus der Bürgerversammlung 2023**

Am Donnerstag, den 19.10.2023 fand im großen Saal des Bürgerhauses Unterföhring gemäß Art. 18 Abs. 1 GO (Gemeindeordnung) die alljährliche Bürgerversammlung statt.

Knapp 85 Gemeindeangehörige und neun Zuhörerinnen und Zuhörer nahmen an der Bürgerversammlung teil. Als Gäste waren der stellvertretende Landrat Herr Otto Bußjäger sowie der Leiter der Polizeiinspektion Unterföhring-Ismaning, Herr Harald Schertler, anwesend.

Nach dem Bericht des Bürgermeisters, des stellvertretenden Landrats sowie dem Leiter der Polizeiinspektion beschäftigte sich die Bürgerversammlung mit folgenden Anregungen der Bürgerinnen und Bürger.

1. Herr Josef Trundt, Unterföhring, hatte drei Anregungen:

-Herr Trundt dankte zu Beginn seiner Wortmeldung dem Bürgermeister und der Gemeindeverwaltung für die immer offene und zielführende Zusammenarbeit.

-Herr Trundt regt an ob man im Zuge der Lichtverschmutzung nachts die Beleuchtung an der Pfarrvilla nicht abschalten kann oder zu mindestens mit einer Zeitschaltuhr / Bewegungsmelder versehen kann. Dasselbe regt er für die Beleuchtung am Parkplatz des Schulcampus an.

Herr Bürgermeister Kemmelmeier nimmt die Themen mit und wird dies von der Verwaltung prüfen lassen.

-Herr Trundt sieht den Masterplan für die Geothermie der Stadtwerke München sehr kritisch und regt an, dass der Landkreis München sehr gut beraten wäre die Geothermieprojekte in eigener Regie zu führen. Des Weiteren sollte der Freistaat Bayern die finanziell schwachen Kommunen bei der Umsetzung der Projekte unterstützen.

2. Herr Rolf Berger, Unterföhring

-Herr Berger fragt an, ob es zugelassen ist, dass ganze Häuser als Monteurswohnungen genutzt werden dürfen. Durch diese Umstände entsteht in der Nachbarschaft großes Konfliktpotenzial.

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Herr Bürgermeister Kemmelmeier teilt mit, dass bereits einige Razzien in solchen Unterkünften stattgefunden haben und hier in enger Abstimmung mit dem Landratsamt München gearbeitet wird.

3. Herr Markus Dollwet, Unterföhring

-Herr Dollwet regt an, dass dringend Handlungsbedarf gegen das Rauchen an der Allguth Tankstelle besteht. Der Leiter der Polizeiinspektion wird dieses Thema mitnehmen und entsprechen mit dem Pächter klären.

-Weiter sieht er Handlungsbedarf im Bereich der Straßäckerallee auf Höhe der Kindertageseinrichtungen in Bezug auf die parkenden Wohnmobile etc. welche die Sicht auf den Gehweg bei Straßenüberquerungen von Kindern erheblich einschränkt. Der Bürgermeister Herr Kemmelmeier teilt mit, dass diese Themen immer bei der Verkehrsschau behandelt werden.

-Herr Dollwet regt an, Maßnahmen gegen das wegschmeißen von Zigarettenkippen einzuführen – um diese Verschmutzung verhindern zu können. Der Bürgermeister nimmt diesen Punkt mit und gibt ihn an das Umweltamt weiter.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht sowie die Anregungen aus der Bürgerversammlung zur Kenntnis. Eine Beschlussfassung ist nicht veranlasst.

AZ 0241
Hauptamt

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

AZ 024
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

**BEK 11/2023 Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines
Erinnerungswaldes**

Der Vorsitzende bringt den Antrag der SPD Fraktion vom 12.10.2023, Eingang am 13.10.2023 mit folgendem Inhalt zur Kenntnis:

-Grundstück für die Errichtung eines Erinnerungswaldes für Sternenkinder aus Unterföhring und dem Landkreis München

Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der heutigen Sitzung per E-Mail zugesandt. Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium zur Beratung vorgelegt.

AZ 0241
Hauptamt

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

**BEK 11/2023 Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Belegung
Grundschule Bahnhofstraße**

Der Vorsitzende bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.11.2023, Eingang am 04.11.2023 mit folgendem Inhalt zur Kenntnis:

-Die Grundschule an der Bahnhofstraße wird nach der Fertigstellung der Sanierungsarbeiten umgehend wieder als Grundschule genutzt.

Der Antrag wurde den Mitgliedern des Gemeinderats im Vorfeld der heutigen Sitzung per E-Mail zugesandt. Der Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen dem Gremium zur Beratung vorgelegt.

AZ 0241
Hauptamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

**BEK 11/2023 Mensanutzung im Schulcampus;
Sachstand und weiteres Vorgehen**

Mit Schreiben vom 19.04.2023 beantragte die Schulleitung des Unterföhringer Gymnasiums, Frau Betina Mäusel, die Erweiterung der Mensa. Im Zuge des Umzuges der Grundschule an der Bahnhofstraße in den Campus und der damit verbundenen Umstrukturierung, auch in Bezug auf die Mensanutzung vor Ort, hat sich eine neue Situation ergeben. Die Schulleitung der Grundschule, Frau Claudia Denzinger, hat mitgeteilt, dass in der Grundschule im Campus keine Ganztagesklassen angeboten werden. Somit ist die für die Grundschule im Campus vorgesehene Mensa frei. Diese kann somit künftig auch für die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums genutzt werden. Eine bauliche Erweiterung des Campus ist damit nicht mehr notwendig. Seitens Frau Mäusel wurde in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass sie den Antrag auf Erweiterung der Mensa somit zurücknimmt.

Nachdem dieser Teil der Mensa für Grundschulkinder konzipiert wurde, sind nicht alle Einrichtungen auch für Gymnasiasten geeignet, entsprechende Anpassungen werden durch die Verwaltung in Abstimmung mit der Schulleitung ausgearbeitet und zeitnah umgesetzt.

AZ 2032
Hauptamt

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

**BEK 11/2023 Vergaberichtlinien Einheimischen-Modell auf Basis der
Grundstücksvergabe im Erbbaurecht**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, dass eine öffentliche Gerichtsverhandlung vor dem OLG München am 19.09.2023 zum Rückerwerb einer Wohnung stattgefunden hat.

Der Gemeinderat hat sich am 12.10.2023 dafür ausgesprochen, bei Verstoß gegen die Richtlinien das Wiederkaufsrecht auszuüben.

Vor einer finalen höchstrichterlichen Entscheidung (z.B. BGH) werden die Vergaberichtlinien für das Einheimischen-Modell dem Gemeinderat nicht vorgelegt, da noch rechtliche Ergänzungen/Anpassungen erforderlich sein können.

AZ 6100
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 11/2023 Pumptrack an der Jahnstraße

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass mit Datum vom 30.10.2023 die Baugenehmigung für die Errichtung einer Pumptrackanlage an der Jahnstraße/Ecke Tunnelweg, Grundstück Fl.Nr. 535, der Gemarkung Unterföhring durch das Landratsamt München erteilt wurde.

Die feierliche Einweihung findet am 24. November 2023 in der Jahnstraße/Ecke Tunnelweg statt.

Anschließend kann die Anlage durch die Öffentlichkeit genutzt werden.

AZ 6024
Bauamt

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 11/2023 Aufstellen von Bischofsmützen auf der Fahrbahn der Mitterfeldallee in Unterföhring

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass es in der letzten Zeit vermehrt zu illegalen, nächtlichen Autorennen, unter anderem auf der Mitterfeldallee in Unterföhring, gekommen ist.

Um das Überfahren der durchgezogenen Mittellinie zu verhindern und so das Rasen und Driften zu unterbinden, wurden in den Herbstferien 2023 sog. Bischofsmützen auf der Mitterfeldallee, von der Unterföhrung der S-Bahn-Gleise bis zum Kreisverkehr der Dieselstraße, aufgestellt.

Die Ein- und Ausfahrt zum Schulcampus wurde ausgespart, damit der Parkplatz weiterhin aus beiden Richtungen uneingeschränkt befahren werden kann.

AZ 631
Bauamt

Sitzung des Gemeinderates vom 09.11.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

509

23

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 11/2023 Antrag Jugendbeirat vom 15.10.2023

Mit Schreiben vom 15.10.2023 ging ein Schreiben/Antrag des Jugendbeirats mit folgenden Anträgen ein:

- Antrag für die Errichtung eines eigenen Schaukastens
- Antrag auf ergänzende Gerätschaften für den Trimm-Dich-Pfad am Etzweg
- Antrag auf Beleuchtung des Sportplatzes an der Mitterfeldallee

Die Anträge werden entsprechend der Organzuständigkeit aufgearbeitet und dem zuständigen Gremium in einer seiner nächsten Sitzungen zur Behandlung vorgelegt.

AZ 0241
Hauptamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:17 Uhr.

Manuel Prieler
Zweiter Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer